

BVZ.at

Quelle: BVZ.at

Adresse: <https://www.bvz.at/eisenstadt/krankenhaus-eisenstadt-land-will-pruefrecht-konvent-will-klagen-eisenstadt-barmherzige-brueder-eisenstadt-hans-peter-doskozil-169550330>

Datum: 30.10.2019, 15:25

KRANKENHAUS EISENSTADT

Land will Prüfrecht, Konvent will klagen

In einem Brief kündigt Hans Peter Doskozil eine Teilzahlung ausstehender Beträge an, fordert aber Prüfrechte. Die Barmherzigen Brüder kritisieren den Prüfbericht des Landes und wollen nun klagen.

Von **Markus Wagentristl**. Erstellt am 30. Oktober 2019 (05:29)



 Hafner

Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Eisenstadt

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil ließ am Montag mit einem offenen Brief aus dem Krankenstand aufhorchen (eine Kopie liegt der BVZ vor, siehe [hier](#)). Er wandte sich dabei an die Mitarbeiter des Krankenhauses und kündigte überraschend Zahlungen von knapp 21 Millionen Euro an. Diese Summe stehe aus Sicht des Landes außer Streit. Wie die BVZ berichtet hatte, fordert das

Krankenhaus unter Klagsandrohung 43,2 Millionen Euro vom Land ein. Diese seien Abgangsdeckungen, die das Land zugesichert hatte zu übernehmen. Das Land hatte diese zurückgehalten und wird auch weiterhin die verbleibenden 22 Millionen Euro einbehalten.

Der Grund: Eine Sonderprüfung ließe vermuten, die aus dem Krankenhaus ausgegliederte Apotheke könnte zu hohe Preise für Medikamente verrechnet haben. Als Betrag wird in dem Brief eine jährliche Summe von 2,5 Millionen Euro genannt. Mit einem höheren Gewinn der Apotheke hätten sich wiederum die Betriebsabgänge des Krankenhauses erhöht.

Ein größeres Ärgernis Doskozils über den Rechtsanwalt des Ordens kommt im Brief zum Vorschein: Dieser habe „auf sehr emotionale Art“ dem Land nun den Entwurf einer Klagschrift vorgelegt, laut Brief unter Ablehnung „jeder weiteren außergerichtlichen Aufklärung“. Doskozil will zwar weiterverhandeln, verlangt aber Einblick in die Bücher der Apotheke.

Knackpunkt: Prüfrecht für Apotheke

Anwalt Johannes Zink vertritt die Landesregierung in dieser Sache. Für ihn ist klar: „Es hakt an der Transparenz.“ Der Kooperationsvertrag sieht ein Sonderprüfrecht für den Burgenländischen Gesundheitsfonds (BURGEF) vor. Die Barmherzigen Brüder hätten das Spital zwar prüfen, die Apotheke davon aber ausschließen lassen.

„Das ist meiner Ansicht nach nicht rechtens. Das könnte dazu führen, dass profitable Unternehmensteile, wie die Apotheke, von der Bilanz herausgelöst werden und die defizitären Teile wie die Abteilungen ans Land weiterverrechnet werden könnten.

Das würde den Profit auf der Ordens- und den Verlust auf der öffentlichen Seite erhöhen.“ Kann man sich nun noch außergerichtlich, oder wird ein Gang vor den Richter nicht erspart bleiben? Zink: „Wir wollen uns außergerichtlich einigen und haben den Gesprächstisch nie verlassen.“ Unterm Strich gehe es für die Landesregierung um das Prinzip: „Wenn mit Steuergeld etwas finanziert wird, hat der Steuerzahler auch ein Recht zu erfahren, was damit passiert.“

Krankenhaus will klagen

Nach einer außergerichtlichen Einigung sieht es aber nicht aus: Das Krankenhaus kündigte in einer Aussendung an, klagen zu wollen, "um eine objektive Klärung des Sachverhalts durch unabhängige Dritte herbeizuführen." Streitwert: 33.212.042,80 Millionen bei vier Prozent Zinsen zur Abgangsdeckung (das sind die ausstehenden 43 Millionen, abzüglich Teilzahlungen von 5 und 1 Million sowie abzüglich zugesagter Rücklagenauflösung von 4 Millionen Euro). Diese Summe sei die "eindeutige und anerkannte vertragliche Zahlungsverpflichtung des Landes Burgenland".

Die Barmherzigen Brüder kritisieren den Sonderprüfbericht des Landes: Dieser sei nicht von Landesprüforgan (wie dem Landesrechnungshof) erstellt worden, sondern der gar nicht auf Unternehmensprüfung spezialisierten Firma BDO IT & Risk Advisory GmbH. Deren Bericht prüften wiederum die Barmherzigen Brüder durch einen unabhängigen Unternehmensprüfer. Mit einem

eindeutigen, die bisherige Argumentation des Konvents stützenden, Resultat: "Richtigerweise hätte im Zuge einer Gebarungsprüfung die BDO eine Kalkulation anstellen müssen, was der richtige Medikamentenpreis wäre, wenn man alle Dienstleistungen, die die Apotheke für das Krankenhaus erbringt, mit einkalkuliert. Dabei dürfen auch die Sachaufwendungen und Investitionen der Apotheke nicht vergessen werden, die (überwiegend) dem Krankenhaus dienen wie z.B. der teure Reinraum für die Aufbereitung der Zytostatika."

Steiner: "Land soll Verpflichtungen nachkommen"

„Wir fordern das Land auf, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Es geht hier um die Gesundheitsversorgung der Stadt, des Bezirkes und der ganzen Region. Die Volkspartei steht hinter dem Krankenhaus und seinen Mitarbeitern“, versichert der Eisenstädter Bürgermeister und ÖVP-Landesparteiobmann Thomas Steiner. „Es geht um die Gesundheit der Menschen, um den ganzen Bezirk und schlussendlich auch um 1200 Mitarbeiter. Sie haben sich Lösungen verdient und keine Streitereien auf Kosten der eigenen Gesundheit.“

ÖVP-SPÖ-Streit um Masterplan Gesundheit

Steiner und ÖVP-Bezirksparteiobmann Christoph Zarits hatten bereits vor Erscheinen des Briefes Kritik am Vorgehen des Landes geübt und einen generellen Masterplan Gesundheit: „Seit mehr als einem Jahr tagt eine Arbeitsgruppe, leider gibt es weder Ergebnisse noch Zwischenberichte.“

SPÖ-Geschäftsführer Roland Fürst sieht das anders: Hans Peter Doskozil habe die Leitlinien für die Burgenländische Spitals-politik schon klar vordefiniert. „Alle fünf Spitalsstandorte bleiben erhalten. Das neue Schwerpunktkrankenhaus in Oberwart wird das modernste Spital Österreichs und soll planmäßig eröffnen. Alle Arbeitsplätze in den Spitalern sollen erhalten werden“, fasst Fürst zusammen.